

1903

Nr. 9

Zum socialdemokratischen Parteitag in Dresden.

Von

Ignaz Auer.

(Berlin.)

In München wurde voriges Jahr beschlossen, den diesjährigen Parteitag in Dresden abzuhalten, und nach der im *Vorwärts* erschienenen Bekanntmachung des Parteivorstandes ist die Woche vom 13. bis zum 20. September für die Tagung bestimmt. Es ist nicht das erste Mal, dass in den Mauern des Elbflorenz ein socialdemokratischer Parteitag zusammentritt. Abgesehen von den Landesversammlungen unserer sächsischen Parteigenossen, die schon wiederholt in Dresden abgehalten wurden, hat vor 34 Jahren bereits, vom 12. bis zum 15. August 1871, der dritte Congress der *Socialdemokratischen Arbeiterpartei* (Eisenacher Programm) dort getagt.

Es war damals eine böse Zeit für die Socialdemokratie. Sie war gespalten in zwei Fractionen — Lassalleaner und Eisenacher —, die sich in bitterster Weise bekämpften. Und obendrein hatte die durch den Krieg hervorgerufene national-chauvinistische Bewegung auch breite Schichten der Arbeiterschaft erfasst und sie für die Socialdemokratie unzugänglich gemacht. Dazu kamen die brutalsten Gewaltmassregeln, die der Gouverneur des nordischen Gebietes des Belagerungszustandes, General Vogel von Falckenstein, Gesetz und Verfassung zum Hohn, sich erlaubte. Welchen Eindruck die Kriegserklärung auf die socialdemokratische Bewegung ausübte, das zeigt uns eine Mitteilung unseres allzu früh verstorbenen W. Bracke. Es waren Zweifel gegenüber der in Eisenach geschaffenen Organisation laut geworden, und diesen trat Bracke mit folgenden Worten entgegen: »Wir haben bis zum Ausbruch des Krieges in Brauschweig [wo der Parteiausschuss seinen Sitz hatte] eine so ausserordentliche Masse von Arbeit gehabt, dass ich mich mit meinen Freunden oft gesehnt habe, endlich einmal diese furchtbare Last loszuwerden. Aber ich versichere Sie, als der Krieg ausgebrochen war, da dauerte es noch 14 Tage — und wir hatten nichts mehr zu tun.« Im September 1870 erfolgte dann die Verhaftung des Braunschweiger Ausschusses und einige Tage später die der Mitglieder der Hamburger Controlcommission Geib und York; die Mehrzahl dieser Genossen wurde in Ketten nach der Festung Boyen bei Lötzen an der russischen Grenze

geschleppt. Die wenigen Tage zwischen der Verhaftung der Braunschweiger und der Inhaftnahme der Mitglieder der Controlcommission benutzte letztere noch, um einen provisorischen Ausschuss zur Leitung der Parteigeschäfte einzusetzen. Da fast in ganz Norddeutschland der Belagerungszustand herrschte, so wurde der neue Ausschuss nach Dresden verlegt, und nachdem Vahlteich den Eintritt abgelehnt hatte, wurden Otto-Walster, H. Knieling und E. Köhler in den selben berufen. Persönliche Verhältnisse machten bald eine Verlegung des Ausschusses von Dresden nach Leipzig notwendig. In dem einen Jahre 1870-71 musste also die *Socialdemokratische Arbeiterpartei* den Wohnsitz ihres leitenden Ausschusses und die Zusammensetzung desselben zwei Mal ändern. In Braunschweig wurden bei der Verhaftung des Ausschusses auch seine Bücher und registrierten Briefe confisciert; es wurde ferner gegen seine Mitglieder und gegen die Genossen Liebknecht, Bebel und Hepner die Untersuchung wegen Hochverrats eingeleitet.

Es zeugt für die erstaunliche Energie der Führer und für die Zähigkeit und Opferwilligkeit der Genossen von damals, dass trotz aller dieser ungeheuren Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, bei der Eröffnung des Parteitages der Vorsitzende des provisorischen Ausschusses, Genosse Gabriel-Leipzig, 56 aus den verschiedensten Gauen Deutschlands herbeigeeilte Delegierte begrüssen konnte. Mit wie geringen Mitteln damals freilich die Bewegung unterhalten werden musste und wie sehr an die Opferwilligkeit der einzelnen Genossen appelliert werden musste, das ergibt sich aus der Abrechnung des Cassierers der Centralcasse des Leipziger Ausschusses. Diese weist für die Zeit vom 7. Februar bis zum 11. August 1871 eine Einnahme von 528 Talern oder 1584 Reichsmark auf. Mit dieser Summe musste neben allem andern auch der Wahlkampf bei den allgemeinen Wahlen zum Reichstag im März jenes Jahres bestritten werden. Und trotzdem zeigten diese Wahlen, so beschränkt auch die Mittel der Partei waren, einen nennenswerten Fortschritt der Socialdemokratie. In Sachsen war die Stimmenzahl von 27 000 auf 48 000 gestiegen; sie hatte sich also fast verdoppelt. Von den Mandaten wurden Glauchau und Zwickau behauptet, während Liebknecht in Schneeberg-Stollberg gegen den Fortschrittler Dr. Minkwitz unterlag. Für das Centralorgan der Partei, den *Volksstaat*, constatierte Bebel eine Auflage von 4200; in Crimmitschau und Chemnitz erschienen damals schon socialdemokratische Localblätter, in Dresden war soeben der *Volksbote* als täglich erscheinendes Organ gegründet worden. Für den regen politischen Sinn und für die Kampfesfreudigkeit in der jungen Partei spricht auch die Tagesordnung des damaligen Parteitages, in der geschlossene und öffentliche Sitzungen vorgesehen waren. In den öffentlichen Sitzungen sprach York über den Normalarbeitstag, Bracke hielt ein vorzügliches Referat über das neue Haftpflichtgesetz, Most referierte an Stelle Liebknechts über die politische Stellung der Socialdemokratie, und Bebel sprach über das allgemeine Stimmrecht für die Vertretung der Einzelstaaten und Communen. Es ist nicht ohne Interesse, daran zu erinnern, dass Bebel sich gegen die Beteiligung an den sächsischen Landtagswahlen aussprach, weil der Census von 3 Mark directer Staatssteuer jede Aussicht auf Erfolg ausschlösse.

Dass man in Sachsen auch damals schon die kleinlichen Polizeimittel liebte, zeigt die Tatsache, dass zum Mostschen Referat der überwachende Polizeibeamte dem Vorsitzenden Bebel mitteilte, er habe ihn im Namen der Behörde zu ersuchen, den Referenten darauf aufmerksam zu machen, »dass er sich aller und jeder Abschweifung auf die Pariser Commune zu enthalten habe«. Derselbe Faden, wie heute noch, nur die Nummer ist inzwischen grösser geworden.

Der Dresdener Parteitag von 1871 war für die Fraction der Eisenacher Richtung von höchster Bedeutung: von da ab wuchs die Bewegung mächtig an — wozu die glänzende Haltung unserer Genossen im Leipziger Hochverratsprocess vieles beitrug —, bis endlich die Erfolge der beiden socialistischen Richtungen bei den allgemeinen Reichstagswahlen 1874 die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Partei auch den bis dahin widerstrebendsten Elementen klar machten. In Dresden selbst (Altstadt) wurde 1877 zum erstenmal ein Socialdemokrat, Bebel, in den Reichstag gewählt. Es war dies der erste Wahlkreis des östlichen Sachsens, der sich für unsere Partei entschied. Nationalliberale Blätter wussten damals zu erzählen, dass Bebel sogar in Hofkreisen manche Stimme erhalten habe. Dieser reichsfeindliche Particularismus ist seitdem aus dem Elbflorenz verschwunden, dafür sind aber auch die socialdemokratischen Stimmen von 3582, mit denen Dr. Johann Jacoby 1874 zum erstenmal dort in die Stichwahl kam, auf 21 569 gestiegen, mit denen Dr. Gradnauer am letzten 16. Juni dort gewählt wurde. Wie Dresden, so dessen ganze Umgebung. Das selbe östliche Sachsen, das im Jahre 1893 sechs Antisemiten und zwei Freisinnige in den Reichstag sandte, wird jetzt vertreten von sieben Socialdemokraten und einem Antisemiten — der letzten sächsischen *Ordnungs*säule.

Es trifft sich sehr glücklich, dass nach den gewaltigen Erfolgen unserer Partei am 16. Juni gerade in Sachsen der Parteitag der deutschen Socialdemokratie in Dresden stattfindet.

Was die Verhandlungen des bevorstehenden Parteitags betrifft, so werden dieselben voraussichtlich von den Nachklängen der Reichstagswahlbewegung beherrscht werden. Der Parteivorstand hat in Rücksicht darauf auch davon abgesehen, andere Puncte, als die geschäftsordnungsmässigen, auf die Tagesordnung zu setzen. Es ist dies in der Parteipresse moniert worden; wir glauben, mit Unrecht. Denn wenn dort in Vorschlag gebracht wurde, der Parteitag solle der Fraction bestimmte Aufträge, besonders in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung und in erster Linie auf die Erringung des Achtstundentags, erteilen, so steht diesem Verlangen die Tagesordnung durchaus nicht im Wege, da in ihr der *Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraction* mit einem besonderen Referenten vorgesehen ist.

Eine andre Frage ist freilich die, ob durch einen neuen Beschluss in dieser Richtung ein nennenswerter Erfolg zu erzielen ist. An entsprechenden Parteitagsbeschlüssen auf diesem Gebiete fehlt es bekanntlich nicht, und was an agitatorischer und sachlicher Beredsamkeit für den Gegenstand bisher im Reichstage schon geleistet worden ist, dürfte kaum zu überbieten sein; das alles ändert aber an der Tatsache nichts, dass wir eben nur eine Minori-

tätspartei sind und dass nicht wir, sondern unsere Gegner darüber bestimmen, welche Fragen im Reichstage zur Entscheidung zu gelangen haben. Ueber die Wichtigkeit des Achtstundentags ist unter uns wohl überhaupt nicht erst mehr zu reden, und denselben zu erstreben, mit allen Mitteln, ist eine auch in der Fraction anerkannte Pflicht. Ob aber neue Parteitagsbeschlüsse, die doch nur eine Wiederholung älterer sein könnten, gerade ein besonders wirksames Mittel sein würden, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Auf keinen Fall hindert die Tagesordnung, irgend welche Wünsche auszudrücken oder Beschlüsse zu fassen.

Sonst ist von Anträgen an den Parteitag noch wenig bekannt. Zu der Frage, wie weit die Mitarbeiterschaft von Genossen an der bürgerlichen Presse zulässig ist, haben bisher die Genossen des zweiten Hamburger Wahlkreises Stellung genommen, indem sie nach einem im *Echo* veröffentlichten Antrag beschlossen haben, der Parteitag möge eine Norm schaffen, nach der man in Zukunft sich in dieser Frage zu richten habe. Der Parteivorstand hat aus einem bestimmten Anlass — einem sehr scharfen Artikel der *Neuen Zeit* gegen einen in der *Zukunft* veröffentlichten Artikel eines in weiteren Kreisen unbekannten Genossen — versucht, gewisse Regeln für diese Frage aufzustellen. Es wird darüber auf dem Parteitag voraussichtlich eine animierte Discussion geben. Ob dabei etwas Greifbares herauskommt, bleibt dahingestellt. Niemand in der Partei denkt daran, das Recht der freien, uneingeschränkten Meinungsäusserung anzutasten. Ob sich aber eine Formel finden lässt, bei der dieses Recht absolut gesichert bleibt, dem einzelnen aber Vorschriften über den Ort der Veröffentlichung seiner Ansichten gemacht werden, das ist die Frage. Uebrigens scheint uns diese Frage keineswegs eine brennende zu sein. Es ist notorisch, dass unsere ersten Führer — besonders auch Marx und Engels — sich häufig bürgerlicher Organe zu ihren Aeusserungen auch über parteigenössische Angelegenheiten bedienten; es ist aber ebenso notorisch, dass in dem Masse, wie sich unsere Parteipresse entwickelt hat und so Gelegenheit, sich in derselben auszusprechen, geschaffen wurde, parteigenössische Erörterungen fast nur mehr in Parteiorganen veröffentlicht werden. Dass Ausnahmen vorgekommen, ist richtig, aber auch hier bestätigen sie nur die Regel. Es wird nach wie vor dem guten Geschmack und dem persönlichen Tact der Genossen überbleiben lassen müssen, in diesem Punct das Richtige zu treffen. So, wie bisher die Dinge sich entwickelt haben, liegt kein Anlass vor, sich über sie besonders beschwert zu fühlen. Dass es bei der gewaltigen Ausbreitung unserer Partei auch in der Journalistik eine immer mehr wachsende Anzahl von Parteigenossen gibt, die, um der Existenz willen, mit ihrem Können bürgerlichen Interessen dienen müssen, ist bekannt, aber vorläufig ebensowenig zu ändern, wie, dass socialistische Schriftsetzer die ärgsten Schmutzschriften gegen unsere Partei setzen müssen. Es bleibt dabei, dass in dieser Frage der persönliche Tact das Entscheidende ist, und diesen, wo es notwendig ist, zu schärfen, dazu mag eine sachlich geführte Discussion auf dem Parteitag wohl beitragen.

Kein Parteitag ohne *Bernstein-Debatte*! So darf man wohl bald sagen. Auch in Dresden werden wir davor nicht bewahrt bleiben. Der

glänzende Ausfall der Reichstagswahlen hat dem Genossen Bernstein die Frage nahe gelegt, unserer Stärke entsprechend eine Vertretung im Präsidium zu beanspruchen. Anstatt nun, wie es wohl das Klügste gewesen wäre, diesen Einfall für die nächste Fractionssitzung zu notieren, hat ihn Bernstein sofort in Tinte umgesetzt, und nun — ist die Bescherung wieder fertig. Bernstein begnügte sich nämlich nicht damit, einfach für die Fraction eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Präsidium zu verlangen — eine Forderung, zu der sich die Fraction bereits 1898 fast einstimmig bekannte und zu der es einer erneuten Anregung erst garnicht bedurfte —, er schlägt auch vor, sich an die Formalität, die Wahl des Präsidiums durch die Präsidenten beim Kaiser zu melden, nicht zu stossen. Zum Ueberfluss grub dann Bernstein auch noch die alten Schrullen des Föderalisten Konstantin Frantz und des bayrischen Particularisten und Centrumsführers Jörg aus, wonach der deutsche Kaiser garnicht Kaiser von Deutschland, also kein Monarch sei und die Reichsverfassung nennenswerte demokratiche Ansätze enthalte. Soweit es also an Bernstein liegt, hat er sein redlich Teil getan, um eine sehr nebensächliche Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaction aufzuputzen. An gehörigem Echo hat es denn auch nicht gefehlt, wobei der Umstand, dass die Anregung gerade in die Zeit der *sauren Gurke* fiel, wohl nicht ohne Bedeutung war. Unter der Ueberschrift *Die Socialdemokratie hoffähig!* liess ein liberales Blatt einen Artikel los, und von dem Moment an stand der Bernsteinsche Vorschlag im Mittelpunct der Erörterungen in- und ausserhalb der bürgerlichen und Parteipresse.

Der alte Gegensatz in der Partei, Teilnahme am Parlamentarismus oder Negierung des selben — er hat uns seit Ende der sechziger Jahre, wo Liebknecht in seiner Rede *Ueber die politische Stellung der Socialdemokratie* den Antiparlamentarismus in scharfster Weise betonte, schon oft und bei den verschiedensten Gelegenheiten beschäftigt. Alle Gründe und noch ein paar neue *Schlager* dazu, die wir aus diesen früheren Debatten kennen, kehren jetzt wieder, um als Widerlegung gegen Bernsteins Vorschlag zu dienen. Wir gestehen offen, dass uns diese Gründe, selbst soweit sie durch neue Hinweise auf *entwürdigende Bedingung*, auf die *Fahrt zu Hofe*, auf *Escarpins und Wadelstrümpfe*, auf *Hofgängerei* u. s. w. verstärkt sind, in unserm Urteil nicht beirren. Wir sind in dieser Beziehung an manches gewöhnt. Wir erinnern nur an die Proteste aus den Reihen der Partei, als die Fraction 1884 beschloss, Mitglieder in die Commissionen zu schicken und sich auch im Seniorenconvent vertreten zu lassen. »Schon der Beginn der parlamentarischen Tätigkeit unserer Abgeordneten« — so ist zu lesen in der im *Socialdemokrat* vom 23. April 1885 abgedruckten Erklärung der Frankfurter Genossen — »gestaltete sich zu einer tiefen Verletzung unserer revolutionaren Principien, indem die Fraction in den Seniorenconvent des Reichstags eintrat und hiermit eine erbärmliche, nur zu verachtende Regierungsform direct als zu Recht bestehend anerkannte und demzufolge bei uns rechtskräftig zu machen versuchte . . . Wir erkennen keinen, auch nicht den geringsten Vorteil, welchen unsere Bewegung im grossen ganzen durch den mikroskopisch kleinen Einfluss auf die Geschäftsleitung einer solchen geradezu lacherlich

machtlosen Körperschaft, wie der deutsche Reichstag ist, haben könnte.« So unsere Frankfurter Genossen über den Eintritt in den Seniorenconvent; ähnlich äusserte man sich über die Beteiligung an den Commissionen, und wie die Frankfurter dachten damals breite Schichten der Partei. Seitdem sind 18 Jahre ins Land gegangen, unsere Genossen sitzen seitdem ununterbrochen in diesen *erbärmlichen* Institutionen; hat schon jemand etwas von den befürchteten schlimmen Folgen gemerkt? Was würden die Protestler der achtziger Jahre aber erst geschrieben haben, wenn sie hätten voraussehen können, dass der Eintritt in die Commissionen auch die Teilnahme eines Socialdemokraten an der Commission für Bau und Ausschmückung des Reichstagsgebäudes im Gefolge haben würde, jenes Hauses, dem heute zwar noch die Inschrift an der Façade fehlt, an dem man aber ungezählten monarchischen Krimskrams entdecken kann! Sollten wir, weil so etwas nicht zu vermeiden ist, in Zukunft auf die Teilnahme an den Commissionsarbeiten verzichten? Dass wir uns die Commissionen aussuchen, in die wir Vertreter senden wollen, das haben die Gegner uns schon 1884 abgeschlagen.

Ein ähnlicher Fall, der Treueid, den die Abgeordneten beim Eintritt in die Landtage zu leisten haben, ist von anderer Seite schon erwähnt worden. Ich will nur noch daran erinnern, dass Hasselmann in seinem Blatte mit zollhohen Lettern an der Spitze des selben quer über die ganze Seite die Nachricht brachte, dass unsere Genossen im sächsischen Landtag den Treueid geleistet hätten. Er versäumte auch nicht, den Wortlaut der Eidesformel in Fettdruck zu veröffentlichen. Warum er das getan? Nun, dafür bedarf es heute keiner Erklärung mehr. Hier sei nur betont, dass das Demagogenstücklein Hasselmanns damals viel Anklang in den Reihen der Genossen fand.

Wer in der Partei würde sich heute noch über den Verfassungseid oder den Treuschwur aufregen? Wir sind aber ebenso überzeugt, dass, wenn die Fraction es im Parteiinteresse gelegen fände, sich an dem *Gang zu Hofe* nicht zu stossen und denselben mit in den Kauf zu nehmen, dass dann in wenigen Jahren darin ebenso wenig mehr ein Principienverstoss gefunden werden würde, wie er heute in dem Eintritt in den Seniorenconvent oder im Treueid gefunden wird. Das Interesse und der Nutzen für die Partei, das scheint uns in allen diesen Fragen das allein Ausschlaggebende zu sein, und in der Praxis hat die Partei sich auch tatsächlich immer an diese Regel gehalten, und sie ist gut dabei gefahren.

Ob nun ein Sitz im Präsidium heute wirklich ein im Interesse der Partei liegendes Streben und Ziel ist, darüber können die Meinungen sehr auseinandergehen. So entschieden ich von jeher dafür war und noch heute bin, unsern Anspruch geltend zu machen, so wenig hoch schätze ich den praktischen Nutzen für die Partei ein, heute einen der Vicepräsidenten aus unseren Reihen zu wählen. Auf keinen Fall lohnt es sich, dass wir darüber auf dem Parteitage hitzige Debatten führen; denn, wie die Dinge zur Zeit liegen, hiesse das leeres Stroh dreschen. Die Gegner würden uns einen Vicepräsidenten vielleicht zusichern, aber ihn sicher nicht wählen, wie sie es 1898 bei der Schriftführerwahl — schmählicher-

weise — bereits gemacht haben. In solchen Dingen muss man warten können. Hat man uns 1884 die Commissionssitze angeboten, nachdem man uns 1878 sogar die Vertretung in der Commission für das Socialistengesetz rundweg abschlug — warum sollen wir uns jetzt für das Präsidium aufdrängen? Die *Ehre* gebührt uns, und sie wird uns — und zwar ohne Concessionen unsererseits, wobei ich allerdings bemerke, dass ich in der persönlichen Meldung der Präsidentenwahl beim Kaiser eine Concession überhaupt nicht erblicke. Es würde schlimm um die Partei stehen, wenn sie an solchem Formenkram sich stossen wollte; aber sie stösst sich nicht daran, das lehrt uns unsere Vergangenheit. Es wäre sicher klüger gewesen, wenn Bernstein seine Anregung sich für die Fraction aufgeschoben hätte. Nachdem dies aber nicht geschehen ist und die Gegner auch in diesen Auseinandersetzungen wieder einen neuen Beweis sehen wollen für die in der Partei vorhandenen Gegensätze, die zur Spaltung führen müssen, wird der Parteitag in Dresden sowohl durch seine zahlreiche Beschickung, wie auch durch seine Beschlüsse zeigen, dass die Partei in allen grundlegenden Fragen nie einiger gewesen ist, als heute.

Eine Partei, die aus widerstrebenden Elementen zusammengesetzt ist, führt keinen Wahlkampf, wie ihn die deutsche Socialdemokratie in diesem Sommer geführt hat. Die Erfahrungen aus diesem Kampfe zu sichten und zu neuen und grösseren Kämpfen vorzubereiten, das ist die Aufgabe, der wir in Dresden gerecht zu werden haben.

Der neue Reichstag und die Aufgaben der Socialdemokratie.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

Der von mir im Juli-Heft dieser Zeitschrift veröffentlichte Artikel *Was folgt aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen?* hat wegen der auf die Präsidentenfrage bezüglichen Ausführungen in parteigenössischen Kreisen allerhand Widerspruch erfahren. Wie bereits mitgeteilt worden, habe ich eine Antwort auf die betreffenden Einwände der Breslauer *Volkswacht* eingeschickt, wo sie in der Nummer vom 1. August abgedruckt ist. Es erscheint indes unumgänglich, an dieser Stelle noch einmal auf jenen Gegenstand zurückzukommen, da er mit dem Thema des vorliegenden Artikels in enger Verbindung steht. Daher folge hier zunächst ein Aufsatz, der von mir bereits früher, gleich nach den ersten Aeusserungen von Freund und Feind über den oben erwähnten Artikel, niedergeschrieben, jedoch nicht zur Veröffentlichung gebracht worden war. Er war für die socialisitsche Tagespresse gedacht und lautet:

„Zur Frage des Reichstagspräsidiums.

Abgeordneter Singer: Zur Geschäftsordnung!
Präsident: Zur Geschäftsordnung gebe ich nicht das Wort.

Reichstagssitzung vom 13. und 14. December 1902.

Mit der Wahl eines neuen Reichstags erhebt sich auch die Frage der Zusammensetzung des Präsidiums dieses Reichstags. Der bisher in dieser Hinsicht üblichen Praxis lag die Auffassung zu Grunde, dass den Parteien gemäss ihrer Stärke im